



Das Entscheidende

Informationen aus dem Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialrecht

November 2019

Inhalt

1. III. Bürokratieentlastungsgesetz in Planung
 2. Mehr Geld für Fortbildungen
 3. Das Setzen von Cookies erfordert aktive Einwilligung
 4. Mängelbehebung vor Ort bei sperriger Ware
 5. Widerruf von Kreditverträgen aufgrund mangelnder Widerrufsbelehrung
 6. Einschränkung des Stimmrechts von Eigentümern sog. „Geisterwohnungen“
 7. Befristung einer Arbeitszeiterhöhung
 8. Spaziergang in der Arbeitspause ist nicht unfallversichert
 9. Private Tätigkeit auf Dienstreise nicht gesetzlich unfallversichert
 10. Testierfähigkeit des Erblassers – Aufhebung der ärztlichen Schweigepflicht
- Aktuelle Veranstaltungen
Aktuelle Kanzlei-News
Kurz notiert / Impressum

1. III. Bürokratieentlastungsgesetz in Planung

Das geplante III. Bürokratieentlastungsgesetz soll die Wirtschaft, die Bürger und die Verwaltung von Bürokratie entlasten. Es enthält folgende Schwerpunkte:

- ▶ **Elektronische Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung:** Die Krankenkassen informieren künftig den Arbeitgeber auf Abruf elektronisch über Beginn und Dauer der Arbeitsunfähigkeit seines gesetzlich versicherten Arbeitnehmers.
- ▶ **Erleichterungen bei der Archivierung elektronisch gespeicherter Steuerunterlagen:** Es entfällt für Unternehmen die Pflicht, bei einem Wechsel der Steuersoftware die alten DV-Programme zehn Jahre lang in Betrieb zu halten. Künftig können diese fünf Jahre nach dem Wechsel abgeschafft werden, sofern ein Datenträger mit den gespeicherten Steuerunterlagen vorhanden ist.
- ▶ **Option eines digitalen Meldescheins im Beherbergungsgewerbe:** Hotels und Pensionen müssen ihre Gäste Meldescheine aus Papier ausfüllen und unterschreiben lassen. Das soll künftig auch digital möglich sein – zum Beispiel in Verbindung mit dem elektronischen Personalausweis.

Über die einzelnen Schwerpunkte werden wir Sie nach Verabschiedung des Gesetzes weiter auf dem Laufenden halten.

2. Mehr Geld für Fortbildungen

Der Kostenaufwand von beruflichen Fort- und Weiterbildungen (Lehrgänge, Prüfungen, Materialien, Lebensunterhalt) ist nicht zu unterschätzen. Für die finanzielle Unterstützung gibt es seit 1996 das sog. Aufstiegs-BAföG für den Aufstieg im dualen System der beruflichen Bildung. Anspruchsberechtigt sind alle (unabhängig vom Alter), die sich mit einem Lehrgang oder an einer Fachschule auf eine anspruchsvolle berufliche Fortbildungsprüfung in Voll- oder Teilzeit vorbereiten.

Ab August 2020 sollen die Fortbildungen zum Handwerks- oder Industriemeister, Techniker, Betriebswirt oder staatlich geprüften Erzieher noch besser unterstützt werden. Das sieht der Gesetzentwurf zur Reform des Aufstiegs-BAföG vor. Hier die wichtigsten geplanten Verbesserungen:

- ▶ Der einkommensabhängige Zuschuss zum Unterhalt steigt auf 100 % (bisher 50 %).
- ▶ Der Unterhaltsbeitrag pro Kind und Ehepartner (je 235 €) wird zu 100 % als Zuschuss gewährt (bisher zu 45 % bzw. 50 % als Darlehen).
- ▶ Der Kinderbetreuungszuschlag für Alleinerziehende wird von 130 € auf 150 €/Monat erhöht. Das Höchstalter für die Berücksichtigung von betreuungsbedürftigen Kindern steigt von zehn auf 14 Jahre.
- ▶ Lehrgangs- und Prüfungskosten werden künftig zu 50 % (bisher 40 %) vom Staat bezuschusst, der Rest als Darlehen gewährt.
- ▶ Die Stundungs- und Erlassmöglichkeiten zur Rückzahlung werden ausgeweitet.
- ▶ Aufstieg Schritt für Schritt: Einzelne können künftig auch mehrfach von der Förderung profitieren, nämlich auf allen drei Fortbildungsstufen (z. B. vom Gesellen zum Techniker, vom Techniker zum Meister, vom Meister zum Betriebswirt).

3. Das Setzen von Cookies erfordert aktive Einwilligung

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat am 1.10.2019 entschieden, dass für das Setzen von Cookies die aktive Einwilligung des Internetnutzers erforderlich ist. Ein voreingestelltes Ankreuzkästchen genügt daher nicht.

In dem entschiedenen Fall verwendete die deutsche Planet49 GmbH bei Online-Gewinnspielen zu Werbezwecken ein Ankreuzkästchen mit einem voreingestellten Häkchen, mit dem Internetnutzer, die an einem solchen Gewinnspiel teilnehmen möchten, ihre Einwilligung in das Speichern von Cookies erklären. Die Cookies dienen zur Sammlung von Informationen zu Werbezwecken für Produkte der Partner der Planet49 GmbH.

Die Richter des EuGH stellten in ihrer Begründung klar, dass die Einwilligung für den konkreten Fall erteilt werden muss. Die Betätigung der Schaltfläche für die Teilnahme am Gewinnspiel stellt noch keine wirksame Einwilligung des Nutzers in die Speicherung von Cookies dar.

Weiterhin stellte der EuGH klar, dass der Diensteanbieter gegenüber dem Nutzer hinsichtlich der Cookies u. a. Angaben zur Funktionsdauer und zur Zugriffsmöglichkeit Dritter machen muss.

4. Mängelbehebung vor Ort bei sperriger Ware

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hatte zu entscheiden, ob ein Verbraucher bei einer sperrigen, jedoch mit Mängeln gelieferten Ware die Schadensbehebung vor Ort verlangen kann.

Folgender Sachverhalt lag ihm zur Entscheidung vor: Im Juli 2015 kaufte ein Verbraucher telefonisch ein 5 x 6 m großes Zelt. Nach der Lieferung des Zelts am Wohnsitz des Käufers stellte dieser fest, dass das Zelt mangelhaft war, und verlangte daraufhin vom Verkäufer, an seinem Wohnsitz den vertragsgemäßen Zustand des Verbrauchsguts herzustellen. Er schickte das Zelt nicht zurück und bot auch nicht an, dies zu tun. Der Verkäufer wies die das Zelt betreffenden Mängelrügen als unbegründet zurück. Gleichzeitig wies er den Käufer weder darauf hin, dass ein Transport des Zelts an den Geschäftssitz erforderlich ist, noch bot er an, für die Transportkosten einen Vorschuss zu leisten.

Die EuGH-Richter kamen zu der Entscheidung, dass der Verkäufer zur Mängelbehebung zum Verbraucher fahren muss, wenn es sich bei dem Artikel um sperrige Ware handelt. Maßvolle Unannehmlichkeiten sind jedoch für den Käufer zumutbar. Ist das der Fall, hat er dafür Sorge zu tragen, dass der Verkäufer die Ware für den Nachbesserungsversuch erhält. Zusätzliche Kosten dürften dem Käufer aber auch dann nicht entstehen, sondern sind vom Verkäufer zu tragen.

Einen Anspruch auf einen Vorschuss für die Transportkosten hat der Käufer nicht. Ab einem gewissen Grad allerdings darf die grundsätzlich unterlegene Stellung des Verbrauchers bei der Überprüfung von Mängeln zu Lasten des Verkäufers gehen.

5. Widerruf von Kreditverträgen aufgrund mangelnder Widerrufsbelehrung

Eine Entscheidung des Bundesgerichtshofs (BGH) vom 4.6.2019 bietet Verbrauchern die Möglichkeit, hochverzinsten Immobiliendarlehen zu widerrufen. Der BGH hatte die Widerrufsbelehrung in einem Kreditvertrag einer Bank für fehlerhaft erklärt.

Aufgrund dieses Beschlusses haben Kreditnehmer die Möglichkeit, Kreditverträge noch Jahre nach Abschluss rückabzuwickeln, ohne dass eine Vorfälligkeitsentschädigung fällig wird. Betroffen sind Darlehensverträge zahlreicher Banken, die zwischen dem 11.6.2010 und dem 20.3.2016 geschlossen wurden.

Der BGH hatte eine Passage in der Widerrufsinformation des Kreditvertrags moniert. Darin heißt es, dass die Widerrufsfrist des Darlehensvertrags erst dann beginne, wenn der Kreditnehmer „seine Pflichten aus Paragraph 312g Absatz 1 Satz 1 BGB (...) erfüllt habe.“ Dieser Passus bezieht sich aber allein auf Geschäfte, die im elektronischen Geschäftsverkehr geschlossen werden.

Elektronischer Geschäftsverkehr bezeichnet einen ausschließlich online geschlossenen Vertrag. Immobilienkreditverträge werden in der Regel jedoch per eigenhändiger Unterschrift geschlossen. Diese Unterschrift schließt einen Vertrag im Sinne des elektronischen Geschäftsverkehrs aus. Somit ist die Widerrufsbelehrung des Vertrags fehlerhaft und dieser kann rückabgewickelt werden.

6. Einschränkung des Stimmrechts von Eigentümern sog. „Geisterwohnungen“

In einem vom Bundesgerichtshof (BGH) am 18.1.2019 entschiedenen Fall teilte ein Bauträger im Jahr 1994 ein Grundstück in Wohnungs- und Teileigentum auf. Nach der Teilungserklärung sollten in vier Bauabschnitten auf dem Grundstück vier Häuser gebaut werden.

Vom Bauträger wurden jedoch nur zwei Häuser mit 120 Wohnungen errichtet. Eigentümer der anderen 120 Wohnungs- und Teileigentumseinheiten in den beiden nicht errichteten Häusern ist der Bauträger. Nach der Teilungserklärung werden die Kosten im Verhältnis der Wohnflächen verteilt. Auf die nicht errichteten Wohnungen entfällt damit ein Stimmkraftanteil von 48 %. Die anderen Miteigentümer beantragten, dass sich das Stimmrecht für die noch nicht gebauten Wohnungen nach dem Miteigentumsanteil richten sollte. Damit würde sich der Stimmkraftanteil von 48 % auf 36 % reduzieren.

Zwar steht selbst einem sondereigentumslosen Miteigentümer ein Stimmrecht zu, so die Richter des BGH. Wenn aber die Gemeinschaftsordnung ausdrücklich das Stimmrecht nach der Wohnfläche berechnet und der geplante Bau, wie hier seit über 20 Jahren, nicht errichtet wurde, ist eine solche Regelung als unbillig anzusehen. Der Stimmrechtsanteil von 48 % verschafft dem Eigentümer der noch nicht errichteten Wohnungen eine faktische Mehrheit, weil die Anwesenheit aller Wohnungseigentümer bei einer Gemeinschaft in der o. g. Größe auch mit Vollmachten nicht erzielt werden kann. Ferner ist er mangels Wohnungen von den wesentlichen Entscheidungen der täglichen Verwaltung praktisch nicht betroffen. Die Herabsetzung der Stimmkraftanteile war somit korrekt.

7. Befristung einer Arbeitszeiterhöhung

Häufig ist die Angleichung der Arbeitszeit an die aktuelle Lebenssituation wünschenswert, z. B. nach der Rückkehr aus der Elternzeit. In einem dazu vom Bundesarbeitsgericht am 25.4.2018 ergangenen Urteil nahm eine in Vollzeit beschäftigte Verwaltungsangestellte nach der Rückkehr aus der Elternzeit eine 50%-Stelle an. Die Arbeitszeit wurde im Februar 2013 auf 75 % erhöht und bis Dezember 2014 befristet. Die Arbeitnehmerin war der Auffassung, dass diese Befristung unwirksam war und damit die Arbeitszeit dauerhaft bei 75 % liegen würde.

Die dem Teilzeit- und Befristungsgesetz zugrunde liegende Wertung, dass der unbefristete Arbeitsvertrag der Normalfall und der befristete Vertrag die Ausnahme ist, gilt auch für die Vereinbarung des Umfangs der Arbeitszeit. Das unbefristete Arbeitsverhältnis soll dem Arbeitnehmer ein dauerhaftes Auskommen sichern und zu einer längerfristigen Lebensplanung beitragen. Für die Lebensplanung ist regelmäßig auch die Höhe des Einkommens maßgebend. Diese hängt u. a. vom Umfang seiner Arbeitszeit ab. Das schützenswerte Interesse des Arbeitnehmers an der unbefristeten Vereinbarung seiner Arbeitszeit wird umso mehr beeinträchtigt, desto größer der Umfang der vorübergehenden Arbeitszeitaufstockung ist. Daher bedarf die Befristung der Arbeitszeiterhöhung jedenfalls bei einem erheblichen Umfang besonderer berechtigter Belange auf Arbeitgeberseite. Eine Arbeitszeiterhöhung in erheblichem Umfang liegt i. d. R. nur dann vor, wenn sich das Aufstockungsvolumen auf mindestens 25 % einer entsprechenden Vollzeitbeschäftigung beläuft – wie im o. g. Fall. Somit was die Befristung der Stundenzahl unwirksam.

8. Spaziergang in der Arbeitspause ist nicht unfallversichert

Arbeitnehmer sind gesetzlich unfallversichert, solange sie eine betriebsdienliche Tätigkeit verrichten. Spazierengehen in einer Arbeitspause ist keine Haupt- oder Nebenpflicht aus dem Beschäftigungsverhältnis eines Versicherten, sondern stellt eine eigenwirtschaftliche Verrichtung dar. Verunglückt ein Versicherter hierbei, ist dies daher kein Arbeitsunfall im Sinne der gesetzlichen Unfallversicherung. Zu dieser Entscheidung kam das Hessische Landessozialgericht in seinem Urteil vom 24.7.2019.

9. Private Tätigkeit auf Dienstreise nicht gesetzlich unfallversichert

Beschäftigte sind auch auf Dienstreisen gesetzlich unfallversichert. Dies gilt jedoch nur während der Betätigungen, die einen inneren Zusammenhang mit der beruflichen Tätigkeit aufweisen.

Das Hessische Landessozialgericht (LSG) hatte in einem Fall zu entscheiden, bei dem eine Frau im Anschluss an die Dienstreise Urlaub machen wollte und telefonisch ein Taxi rief, um einen Mietwagen für den Urlaub abzuholen. Im Hotelzimmer stürzte sie jedoch auf dem Weg vom Bad zum Telefon und zog sich eine Oberschenkelfraktur zu.

Hier handelte es sich nach Auffassung des LSG um eine private Verrichtung, die nicht unter den gesetzlichen Unfallversicherungsschutz fällt.

10. Testierfähigkeit des Erblassers – Aufhebung der ärztlichen Schweigepflicht

Verstirbt ein Mensch, kann es trotz Vorliegen eines Testaments zu Auseinandersetzungen bezüglich der Erbverteilung kommen. Bei älteren und/oder demenzkranken Erblassern wird häufig die Testierfähigkeit angezweifelt. Hier kann eine Rücksprache mit dem behandelnden Arzt Aufschluss geben. Dieser ist jedoch an seine ärztliche Schweigepflicht gebunden, die auch über den Tod des Patienten hinausgeht.

Bei Lebzeiten des Patienten kann nur dieser den Arzt von seiner Verschwiegenheitspflicht entbinden. Auch nach dem Tode sind die Erben oder die nahen Angehörigen generell nicht berechtigt, den Arzt von seiner Schweigepflicht zu entbinden.

In welchem Umfang die Geheimhaltungspflicht nach dem Tode des Vertrauensgebers fortbesteht, beurteilt sich nach der Lage des Einzelfalls. Geht ein mutmaßlicher Wille des Verstorbenen eindeutig dahin, dass er unter Berücksichtigung seines wohlverstandenen Interesses auf weitere Geheimhaltung verzichten würde, so steht dem Arzt kein Verweigerungsrecht zu.

Aktuelle Veranstaltungen

Mittwoch, 13.11.2019 / 18:00 Uhr / HKF Beratergruppe, Siegburger Strasse 39b, 53757 Sankt Augustin-Menden

Chancen und Risiken beim Erwerb von Immobilien aus einer Versteigerung

Referentin: Frau Rechtsanwältin Petra Paul, EHM

Empfiehl sich ein Erwerb einer Immobilie aus einem Versteigerungsverfahren?
Wie kommt der Interessent ggfs. an Informationen hinsichtlich Zustand der Immobilie etc.? Wie bereitet man sich auf einen Versteigerungstermin vor?
Wie läuft ein solcher Termin ab? Wie wird eine noch bewohnte Immobilie später geräumt?

Angesichts eines boomenden Immobilienmarktes ist ein Überblick, ob und wann sich ein Erwerb von Immobilien aus einem Versteigerungsverfahren lohnt, besonders wertvoll.

Die neuen Grundsteuerregelungen

Referent: Herr Stb, M.Sc. Daniel Kurka, HKF

Das Bundesverfassungsgericht hat das derzeitige System der grundsteuerlichen Bewertung letztes Jahr für verfassungswidrig erklärt. Dieser Vortrag beleuchtet die Änderungen und Auswirkungen der Grundsteuerreform für Immobilieneigentümer.



Petra Paul

Rechtsanwältin

Fachanwältin für Familienrecht

Tel.: +49 228 62092-33

E-Mail: paul@ehm-kanzlei.de

Aktuelle Veranstaltungen

Mittwoch, 20.11.2019 / 18:00 Uhr / HKF Beratergruppe, Siegburger Strasse 39b, 53757 Sankt Augustin-Menden

Die DSGVO Ein Jahr danach, Erfahrungen und Ausblick

Referent: Herr Dr. Ralf Schadowski, Geschäftsführer der ADDAG GmbH & Co. KG

In den Medien hatte man im Mai 2018 das Gefühl, vor lauter Datenschutzmeldungen und -warnungen „geht die Welt unter“. Ein Jahr nach der DSGVO: Ist das alles nur „heiße Luft“ gewesen? Der Referent ist erfahrener Datenschutzbeauftragter und berichtet interaktiv und medial zu Erfahrungen aus seinem Alltag, gibt praxisnahe pragmatische Tipps, was jedes Unternehmen zur Existenzsicherung auch ohne Datenschutzdruck mindestens umgesetzt haben sollte mit Checkliste für den eigenen Betrieb.

Mittwoch, 04.12.2019 / 18:00 Uhr / HKF Beratergruppe, Siegburger Strasse 39b, 53757 Sankt Augustin-Menden

Berliner Testament – ganz einfach, oder?

Referent: Herr Rechtsanwalt Dr. Norbert Gierlach, EHM

Das weit verbreitete, klassische Ehegattentestament mit dem überlebenden Ehegatten als Alleinerben und den gemeinsamen Kindern als Schlusserben nach dem Letztversterbenden – früher auch Berliner Testament genannt – ist tatsächlich Ausgangspunkt der meisten gerichtlichen Verfahren, weil häufig viele sich nach dem Tode der Eltern ergebende Umstände in dem Testament nicht bedacht wurden.

Ein intelligent gemachtes Ehegattentestament vermeidet typische Konflikte, nicht gewünschte Folgen und damit Streit in der Familie.

Jahressteuergesetz 2019

Referent: Herr Wirtschaftsprüfer und Steuerberater Berndhard Kurka, HKF

Der Vortrag geht auf die wichtigsten Neuerungen aus den Rechtsprechungen und Verwaltung ein, die für 2019 und die Zukunft relevant sind.



Dr. Norbert Gierlach

Rechtsanwalt

Fachanwalt für Erbrecht

Fachanwalt für Familienrecht

Tel.: +49 228 62092-33

E-Mail: gierlach@ehm-kanzlei.de

Aktuelle Kanzlei-News

Ist der Rechtsstaat in Gefahr – oder wie gestaltet sich das Verhältnis zwischen Exekutive und Judikative?

Herr Rechtsanwalt Wolfgang Albers, Polizeipräsident a.D. wird zu diesem Thema am Donnerstag, den 28.11.2019 um 19:00 Uhr in den Räumen unserer Kanzlei in der Friedrich-Breuer-Straße 112, 53225 Bonn ein Impulsreferat im Rahmen eines Get-Together des Jura Bonn Alumni e.V. halten.

Fragen des rechtsstaatlichen Handelns von Politik und Verwaltung haben Herrn Kollegen Albers als Juristen, als Verwaltungsbeamten und Polizeipräsidenten aber auch als Rechtsanwalt und Politiker sein berufliches Leben lang begleitet. Die drei Gewalten, die Legislative, die Exekutive und Judikative haben verfassungsrechtlich und politisch abgegrenzte Zuständigkeits – und Aufgabenbereiche. Das Spannungsverhältnis zwischen Exekutive und Judikative führt naturgemäß immer wieder zu Konflikten ist aber auch ein solches, das für unseren Rechtsstaat essenziell und existenziell ist. Diese Konflikte sind notwendig und heilsam, wenn sie das Prinzip nicht infrage stellen. Die rechtswidrige Abschiebung des mutmaßlichen Leibwächters von Osama bin Laden, die Nichtbefolgung von Urteilen im Zusammenhang mit Fahrverboten für Dieselfahrzeuge und die Räumung des Hambacher Forstes sind nur einige Beispiele, die es lohnen, sich dieses Prinzip noch einmal vor Augen zu führen.

Im Anschluss besteht bei Getränken und Häppchen Gelegenheit zum Austausch zwischen den Mitgliedern in geselliger Runde. Teilnehmen können alle Mitglieder des Jura Bonn Alumni e.V. Auch Nichtmitglieder, die sich für die Arbeit des Vereins und den Vortrag interessieren, sind herzlich willkommen.

Um vorige Anmeldung unter info@jurabonnalumni.de wird gebeten.



Wolfgang Albers

Rechtsanwalt

Polizeipräsident a.D.

Tel.: +49 228 62092-38

E-Mail: albers@ehm-kanzlei.de

Aktuelle Kanzlei-News

Frau Rechtsanwältin Petra Paul wechselte zu Eimer Heuschmid Mehle

Wir freuen uns, dass Frau Rechtsanwältin Petra Paul unsere Kanzlei auf dem Gebiet des Familienrechts seit dem 01.09.2019 verstärkt. Frau Kollegin Paul verfügt über eine langjährige Erfahrung im Bereich des Familienrechts und des Zwangsversteigerungsrechts. Sie ist Fachanwältin für Familienrecht, so dass wir nun sieben Fachanwälte für Familienrecht in unserer Kanzlei haben. Damit verfügen wir über das mit Abstand größte familienrechtlichen Dezernat im hiesigen Bereich.

Mit Frau Kollegin Paul stößt eine hochkompetente, spezialisierte und erfahrene Rechtsanwältin zu unserem Team. Frau Kollegin Paul war bis zu ihrem Wechsel zu Eimer Heuschmid Mehle lange Jahre als Fachanwältin für Familienrecht in einer Bonner Kanzlei tätig. Sie verfügt im Familienrecht nicht nur über besondere theoretische Kenntnisse sondern auch über eine langjährige Erfahrung. Da Frau Kollegin Paul auch eine besondere Expertise im Zwangsversteigerungsrecht und hier insbesondere in Teilungsversteigerungsverfahren hat, ist dies eine hervorragende Ergänzung in unserem familienrechtlichen Dezernat.

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit Frau Rechtsanwältin Paul. Sie ist auch bei uns überwiegend im Ehe- und Familienrecht tätig und begleitet dort die Mandanten in Trennungs- und Scheidungsangelegenheiten sowie im Güter- und Unterhaltsrecht. Darüber hinaus steht Frau Paul unseren Mandanten auch im Zwangsversteigerungsrecht und bei Teilungsversteigerungsverfahren mit Rat und Tat zur Seite.



Petra Paul

Rechtsanwältin

Fachanwältin für Familienrecht

Tel.: +49 228 62092-33

E-Mail: paul@ehm-kanzlei.de

Kurz notiert

Basiszinssatz (§ 247 Abs. 1 BGB):

seit 1.7.2016 = -0,88 %;

1.1.2015 – 30.6.2016 = -0,83 %;

1.7.2014 – 31.12.2014 = -0,73 %

Ältere Basiszinssätze finden Sie im Internet unter: www.bundesbank.de und dort unter „Basiszinssatz“.

Verzugszinssatz (§ 288 BGB seit 1.1.2002):

Rechtsgeschäfte mit Verbrauchern: Basiszinssatz +5 Prozentpunkte;

Rechtsgeschäfte mit Nichtverbrauchern

(abgeschlossen bis 28.7.2014): Basiszinssatz +8 Prozentpunkte;

Rechtsgeschäfte mit Nichtverbrauchern

(abgeschlossen ab 29.7.2014): Basiszinssatz +9 Prozentpunkte;

zzgl. 40 € Pauschale

Verbraucherpreisindex (2015 = 100):

2019: September = 106,0; August = 106,0; Juli = 106,2;

Juni = 105,7; Mai = 105,4; April 105,2; März = 104,2;

Februar = 103,8; Januar = 103,4

2018: Dezember = 104,2; November = 104,2; Oktober = 104,9;

Bitte beachten Sie, dass ab Januar der Index von 2010 = 100 auf 2015 = 100 geändert wurde!

Ältere Verbraucherpreisindizes finden Sie im Internet unter: www.destatis.de – Zahlen und Fakten – Konjunkturindikatoren

Bitte beachten Sie, dass dieses Informationsschreiben eine individuelle Beratung nicht ersetzen kann! Eventuelle Änderungen, die nach Ausarbeitung dieses Schreibens erfolgen, werden erst in der nächsten Ausgabe berücksichtigt. Trotz sorgfältiger und gewissenhafter Bearbeitung aller Beiträge übernehmen wir keine Haftung für den Inhalt.

Impressum

Eimer Heuschmid Mehle

Rechtsanwälte Partnerschaft mbB

Friedrich-Breuer-Straße 104-112

53225 Bonn

Telefon +49 228 62092-0

Fax +49 228 460708

eimer@ehm-kanzlei.de

www.ehm-kanzlei.de



Vortragsreihe 2. Halbjahr 2019


Eimer Heuschmid Mehle
Rechtsanwälte Partnerschaft mbB

HERGENROTHER KURKA & PARTNER
HKF
STEUERBERATER
WIRTSCHAFTSPRÜFER
RECHTSANWÄLTE

1. Vortragsabend am Mittwoch, den 13.11.2019, 18:00 Uhr

1. Vortrag:

Chancen und Risiken beim Erwerb von Immobilien aus einer Versteigerung

Referentin: Frau Rechtsanwältin Petra Paul, EHM



Empfiehl sich der Erwerb einer Immobilie aus einem Versteigerungsverfahren? Wie kommt der Interessent ggfs. an Informationen hinsichtlich Zustand der Immobilie etc.? Wie bereitet man sich auf einen Versteigerungstermin vor? Wie läuft ein solcher Termin ab? Wie wird eine noch bewohnte Immobilie später geräumt?

Angesichts eines boomenden Immobilienmarktes ist ein Überblick, ob und wann sich ein Erwerb von Immobilien aus einem Versteigerungsverfahren lohnt, besonders wertvoll.

2. Vortrag:

Die neuen Grundsteuerregelungen

Referent: Herr Steuerberater, M.Sc. Daniel Kurka, HKF

Das Bundesverfassungsgericht hat das derzeitige System der grundsteuerlichen Bewertung letztes Jahr für verfassungswidrig erklärt. Dieser Vortrag beleuchtet die Änderungen und Auswirkungen der Grundsteuerreform für Immobilieneigentümer.

► [Hier geht es zur direkten Anmeldung für diese Veranstaltung](#)

2. Vortragsabend am Mittwoch, den 20.11.2019, 18:00 Uhr

1. Vortrag:

Die DSGVO: 1 Jahr danach, Erfahrungen und Ausblick

Referent: Herr Dr. Ralf Schadowski, Geschäftsführer der
ADDAG GmbH & Co. KG

In den Medien hatte man im Mai 2018 das Gefühl, vor lauter Datenschutzmeldungen und -warnungen „geht die Welt unter“. Ein Jahr nach der DSGVO: Ist das alles nur „heiße Luft“ gewesen?

Der Referent ist erfahrener Datenschutzbeauftragter und berichtet interaktiv und medial zu Erfahrungen aus seinem Alltag, gibt praxisnahe pragmatische Tipps, was jedes Unternehmen zur Existenzsicherung auch ohne Datenschutzdruck mindestens umgesetzt haben sollte mit Checkliste für den eigenen Betrieb.



► [Hier geht es zur direkten Anmeldung für diese Veranstaltung](#)

3. Vortragsabend am Mittwoch, den 4.12.2019, 18:00 Uhr

1. Vortrag:

Berliner Testament – ganz einfach oder?

Referent: Herr Rechtsanwalt Dr. Norbert Gierlach, EHM



Das weit verbreitete, klassische Ehegattentestament mit dem überlebenden Ehegatten als Alleinerben und den gemeinsamen Kindern als Schlusserben nach dem Letztversterbenden – früher auch Berliner Testament genannt – ist tatsächlich Ausgangspunkt der meisten gerichtlichen Verfahren, weil häufig viele sich nach dem Tode der Eltern

ergebende Umstände in dem Testament nicht bedacht wurden.

Ein intelligent gemachtes Ehegattentestament vermeidet typische Konflikte, nicht gewünschte Folgen und damit Streit in der Familie.

2. Vortrag:

Jahressteuergesetz 2019

Referent: Herr Wirtschaftsprüfer und Steuerberater Bernhard Kurka, HKF

Der Vortrag geht auf die wichtigsten Neuerungen aus Rechtsprechung und Verwaltung ein, die für 2019 und die Zukunft relevant sind.

► [Hier geht es zur direkten Anmeldung für diese Veranstaltung](#)

Vortragsreihe 1. Halbjahr 2019



Die Teilnahme an den Veranstaltungen ist kostenfrei. Die Vorträge beginnen ab 18.00 Uhr in den Räumen der HKF Beratergruppe:

Siegburger Straße 39b,
53757 Sankt Augustin-Menden.
(Parkplätze stehen vor Ort zur Verfügung)

Im Anschluss an die Vortragsveranstaltung (ca. 90 Minuten) laden wir Sie bei einem Umtrunk in unseren Kanzleiräumen zum weiteren Gespräch und Austausch herzlich ein.

Anmeldung wird erbeten an EHM oder HKF:

- ▶ [hier per Link über unsere Website](#)
- ▶ per E-Mail an:
jochheim@ehm-kanzlei.de oder
anja.reuter@hkf.de
- ▶ oder telefonisch unter:
0228-62092-42 (EHM, Frau Jochheim) oder
02241-94339-151 (HKF, Anja Reuter)

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme.


Eimer Heuschmid Mehle
Rechtsanwälte Partnerschaft mbB

HERGENROTHER KURKA & PARTNER
HKF
STEUERBERATER
WIRTSCHAFTSPRÜFER
RECHTSANWÄLTE